

Die Niederlande

Marij Leenders¹

Die Regierung Rutte II, die Sozialdemokraten (PvdA) und Rechtsliberale (VVD) im September 2013 bildeten, verfügt in der *Tweede Kamer* über eine Mehrheit, nicht aber in der *Eerste Kamer* (Senat), die alle vier Jahre durch die *Provinciale Staten* gewählt wird; in dieser Parlamentskammer haben die Regierungsparteien nur 30 von 75 Sitzen sicher. Dies führt regelmäßig zu Spannungen, aber auch dazu, dass Politik wieder mehr im Parlament stattfindet. Im Herbst 2013 gelang es der Regierung, ein ehrgeiziges Abkommen mit den Oppositionsparteien D66, ChristenUnie und SGP als eine Art zweiten Koalitionsvertrag zu schließen. Diese Parteien verfügen in der *Eerste Kamer* gemeinsam über acht Sitze, was der Regierung dort doch noch zu einer Mehrheit verhelfen kann.²

Im Frühjahr 2013 war König Willem Alexander inthronisiert worden. In seiner am dritten Dienstag im September 2013 gehaltenen Thronrede ließ die Regierung wissen, dass der klassische Versorgungsstaat in der bisherigen Form nicht mehr aufrechtzuerhalten sei. Die Regierung strebe einen „kompakten und aktiven Staat [an], der Raum gibt und Chancen bietet, wo es möglich ist, und schützt, wo es nötig ist“. Die Regierung kündigte einschneidende Maßnahmen an. Die Gemeinden sollten drei wichtige Aufgaben von der nationalen Ebene übernehmen: die langfristige Pflege, die Jugendpflege und Hilfe bei der Arbeitssuche. Des Weiteren wurde ein Arbeitsbeschaffungsprogramm beschlossen.

Im Juni 2014 konstatierte das *Centraal Plan Bureau* (CPB) eine leichte Erholung der niederländischen Wirtschaft: Danach wird die Wirtschaft 2014 um 0,75% wachsen, im darauf folgenden Jahr wird ein Wachstum um 1,25% erwartet.³ Dennoch beläuft sich das Haushaltsdefizit in diesem Jahr auf 2,9% des Bruttoinlandsprodukts. Eine Ursache hierfür sind unter anderem niedrigere Steuereinnahmen aus Erdgasverkäufen wegen des warmen Winters 2013/2014. Die Regierung hatte darüber hinaus beschlossen, weniger Erdgas zu fördern, nachdem Bewohner des Fördergebiets Groningen wegen der zunehmenden Erdbeben protestiert hatten.⁴ Eine Alternative wurde in der umstrittenen Förderung von Schiefergas gesucht. In der *Twede Kamer* zeigte sich vor allem die Opposition besorgt über die Folgen für die Trinkwasserversorgung, die durch die Förderung mit Chemikalien belastet werden könne. Die Regierung verschob den Beschluss über die Probebohrungen vorläufig um ein Jahr und entsprach damit dem Ersuchen der PvdA, dass erst genauer geprüft werden solle, ob Probebohrungen sicher durchgeführt werden können.

Prognosen zufolge soll 2015 das Haushaltsdefizit durch Einsparungen im Gesundheitssystem und durch Wirtschaftswachstum auf 2,2% des Bruttoinlandsprodukts sinken. Daneben steigen die Beiträge zur Sozialversicherung. Die Staatsverschuldung, die erheb-

1 Übersetzt aus dem Niederländischen.

Mit Dank an Jan Ramakers.

2 Regierung der Niederlande, <http://www.rijksoverheid.nl>.

3 CDP Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis, <http://www.cpb.nl/cijfers>.

4 Regierung der Niederlande, <http://www.rijksoverheid.nl/>.

lich langsamer als noch in den Vorjahren anstieg, soll Ende 2015 fast 75% (statt 60%) betragen. Finanzminister Dijsselbloem erklärte daher, dass angesichts der relativ günstigen Wirtschaftszahlen die zusätzlichen Einsparungen von 6 Milliarden Euro nicht mehr nötig wären, die EU-Kommissar Olli Rehn im Juni 2013 gefordert hatte. Die Regierung war dadurch in politisch gefährliches Fahrwasser geraten. Die Regierung musste vor dem 1. Mai 2014 einen Haushaltsentwurf in Brüssel vorlegen und es gelang ihr, die Brüsseler Vorgaben einzuhalten. Es musste daher nicht erneut mit den Oppositionspartnern D66, ChristenUnie und SGP über ein zusätzliches Sparpaket verhandelt werden mit dem Risiko, dabei politisch Schiffbruch zu erleiden.

Europawahlen: ein bescheideneres und effektiveres Europa

Bei den Wahlen zum Europaparlament standen in den Niederlanden 26 der 751 Sitze zur Wahl. Der kurze Wahlkampf war vor allem von der Angst vor großen Gewinnen der europakritischen Parteien SP und PVV gekennzeichnet. Auch gab es eine Werbekampagne, um mehr Niederländer an die Wahlurne zu locken. Laut Umfragen entwickelte sich Europa für mehr als 60% der Niederländer in die falsche Richtung. Für 77% der Befragten schaden die europäischen Anforderungen zum Haushaltsdefizit und die daraus folgenden Einsparungen der Wirtschaft. Etwas mehr als 40% der Befragten gaben dennoch zu Protokoll, dass Europa einen positiven wirtschaftlichen Einfluss auf das eigene Land habe. Vor der Krise lag dieser Anteil noch über 60%.⁵ Aus einer weiteren Umfrage wurde außerdem deutlich, dass die Niederländer, denen die EU-Mitgliedschaft sehr wichtig ist, sehr sicher waren, was ihre kommende Wahlbeteiligung betraf: 65% dieser Gruppe sagte, „ziemlich sicher“ wählen zu gehen. Zum Vergleich: bei den „Gegnern“ der niederländischen EU-Mitgliedschaft lag der Anteil „sicherer Wähler“ nur bei 33%.⁶

An den Wahlen zum Europaparlament beteiligten sich 2014 alle niederländischen Parteien, die bereits in der vorherigen Legislaturperiode im Europäischen Parlament vertreten waren. Daneben traten auch einige Parteien zum ersten Mal bei den Wahlen an, die jedoch ohne Mandat blieben.

Die Parteien der traditionellen politischen Mitte wussten nicht so recht, was sie mit diesen Wahlen anfangen sollten. Auch wenn sie alle für die EU waren, positionierten sie sich aus Angst Wähler zu verschrecken, nicht deutlich als pro-europäisch. Im Wahlkampf setzten sie keine profilierten nationalen Politiker ein. Auch wenn die Anhänger dieser Parteien sich Sorgen machten über die Überlebensfähigkeit des Wohlfahrtsstaats in einer sich ausdehnenden Europäischen Union, so hatten diese Parteien hierauf keine wirkliche Antwort. D66, SP, GroenLinks, ChristenUnie/SGP waren darin auf ihre eigene Art und Weise erfolgreicher.⁷

Einer EU-kritischen Bürgerinitiative gelang es mit 63.000 Unterschriften, die Europäische Union auf die Tagesordnung der *Tweede Kamer* setzen zu lassen; sie forderten ein nichtbindendes Referendum, wenn Zuständigkeiten an Brüssel übertragen werden sollen. Im Parlament stimmten PvdA, PVV, SP, D66, GroenLinks, PvdD, 50Plus und OSF dafür, VVD, CDA, ChristenUnie und SGP stimmten dagegen.⁸

5 Meinungsforschung IPSOS in den Niederlanden, <http://www.ipsos-nederland.nl>.

6 Meinungsforschung TNS in den Niederlanden, <http://tms-nipo.com/getattachment/Nieuws/Persberichten/D66-leidt-in-aanloop-naar-Europese-verkiezingen-da/PB-peiling-14-mei.pdf>.

7 deVolkskrant, 30. April 2014.

Die antieuropäische Lobby spielte sich während des Wahlkampfes in den Vordergrund. Der PVV-Vorsitzende Geert Wilders kündigte an, mit dem französischen Front National zusammenzuarbeiten, um die Position der rechtsgerichteten Parteien im Europäischen Parlament zu stärken. Wilders sorgte für politische und gesellschaftliche Unruhe mit seiner Aussage, dass er dafür sorgen würde, dass in Zukunft weniger Marokkaner in den Niederlanden leben würden. Die PvdA ließ wissen, in Zukunft keine Parlamentsanträge der PVV mehr zu unterstützen. Premierminister Rutte erklärte, dass eine Zusammenarbeit mit der PVV solange ausgeschlossen sei, solange Wilders seine Aussagen nicht zurückzöge. Die Regierung distanzierte sich kollektiv von Wilders Aussagen. Zwei Abgeordnete der PVV beschlossen, aus ihrer Partei auszutreten.

Tabelle 1: Ergebnisse der Europawahlen 2014 in den Niederlanden

Parteien	%	Sitze	EVP	S&D	EKR	ALDE	KVEL/ NGL	Grüne/ EFA	EF(D)D	FL
Insgesamt	100	26	5	3	2	7	3	2	0	4
D66	15.48	4				4				
CDA	15.18	5	5							
PVV	13.32	4								4
VVD	12.02	3				3				
SP	9.60	2					2			
PvdA	9.40	3		3						
Koalition CU – SGP	7.67	2			2					
GroenLinks	6.98	2						2		
PvdD	4.21	1					1			
50Plus	3.69	0								
Andere Parteien	2.45	0								

Legende: EVP – Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), S&D – Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten, ALDE – Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europas, KVEL/NGL – Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke, GRÜNE/EFA – Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz, EKR – Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten, EF(D)D – Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie (2009) / Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (2014), FL – Fraktionslos.

Bei den Europawahlen 2009 lag die Wahlbeteiligung in den Niederlanden mit 36,8%, etwas niedriger als 2004, aber noch höher als beim absoluten Tiefpunkt 1999 mit weniger als 30%. 2014 gaben 37% der Wahlberechtigten ihre Stimme ab, im Vergleich mit der durchschnittlichen Wahlbeteiligung in der gesamten EU von 43,1% immer noch eine geringe Wahlbeteiligung.

Die Ergebnisse waren, im EU-Vergleich, pro-europäisch. Die gemäßigten pro-europäischen Parteien und selbst die sehr pro-europäische Partei D66 schnitten gut ab. Die CDA wurde durch eine gemeinsame Liste mit der ChristenUnie und der SGP mit 15% der Stimmen stärkste Partei (fünf Mandate). Die euroskeptische PVV erlebte dagegen eine herbe Enttäuschung. Der erwartete große Erfolg blieb mit 4 Sitzen aus, während euroskeptische Parteien in anderen Mitgliedstaaten durchaus große Gewinne verzeichnen konnten.⁹

8 Referendum Plattform, <http://www.referendumplatform.nl>.

Die niederländische Regierung machte nach den Wahlen deutlich, dass ihrer Meinung nach eine weitere Vertiefung der europäischen Integration begrenzt werden müsse. Sie legte eine Liste mit Zuständigkeiten vor, die den Mitgliedstaaten überlassen werden müssten und nicht in den Kompetenzbereich der Europäischen Union fallen sollten.¹⁰ Auf EU-Ebene sollte in den folgenden Bereichen zusammengearbeitet werden: Wirtschafts- und Bankenkrise, Energie, Klima, Asyl und Migration, Vollendung des Binnenmarkts, Kampf gegen Steuerflucht und Verteidigung. Aber auf anderen Gebieten wie der Harmonisierung der Sozialsysteme sollte das Subsidiaritätsprinzip gelten. Mit dieser Initiative wollten die Niederlande hin zu einem bescheideneren und effektiveren Europa.

Freizügigkeit auf dem Prüfstand

Am 1. Januar 2014 lief die Übergangsregelung für Rumänen und Bulgaren ab, die bis dahin nur dann eine Arbeitserlaubnis erhielten, wenn ein Arbeitgeber nachweisen konnte, dass er keinen Niederländer für eine freie Stelle finden konnte. Seither benötigten sie keine Arbeitserlaubnis mehr, um in anderen EU-Ländern arbeiten zu können, was in den Niederlanden für große gesellschaftliche und politische Unruhe sorgte. Sozialminister Lodewijk Asscher (PvdA) setzte diese Frage daher weit oben auf die politische Agenda. Mit Ländern wie Polen, Rumänien und Bulgarien traf er Absprachen über den Kampf gegen Missbrauch von Sozialsystemen und für den Austausch von Daten. Nach Asschers Meinung müsse man bereit sein, die negativen Auswirkungen von Verdrängung und Ausbeutung zu bekämpfen, um von den Vorteilen der Freizügigkeit weiterhin profitieren zu können. Es wurden höhere Strafen für gewissenlose Betriebe eingeführt und Inspektoren eingestellt, um Betrug und betrügerische Zeitarbeitsfirmen aufzuspüren. Asscher suchte in Europa Verbündete für einen besseren, grenzüberschreitenden Kampf gegen Ausbeutung osteuropäischer Arbeiter und stellte auch die größere Frage der Freizügigkeit in der Europäischen Union zur Diskussion.

Die niederländische Wirtschaft scheint langsam wieder anzuziehen. Der gemäßigte Pro-Europäer kann aus dem Ausgang der Wahlen zum Europaparlament durchaus Mut schöpfen. Das Bild der euroskeptischen Niederlande, das 2005 durch die Ablehnung der europäischen Verfassung entstanden ist, kann so etwas verbessert werden.

Weiterführende Literatur

CDP Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis, <http://www.cpb.nl/>.

Regierung der Niederlande, <http://www.rijksoverheid.nl>.

Referendum Plattform, <http://www.referendumplatform.nl>.

9 Europa Nu, <http://www.europa-nu.nl>; Peil.nl, <https://www.noties.nl/peil.nl>; Meinungsforschung TNS in den Niederlanden, <http://tns-nipo.com/getattachment/Nieuws/Persberichten/D66-leidt-in-aanloop-naar-Europese-verkiezingen-da/PB-peiling-14-mei.pdf>.

10 Regierung der Niederlande, <http://www.rijksoverheid.nl>.